

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Ercheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3032 a.

Herausgeber: H. Stubbe in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannsch, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: Alb. Röske, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Pettzeile od. deren Raum 20 \mathcal{A} .
Bergnügungs-Anzeigen 15 \mathcal{A} , Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 \mathcal{A} pro Pettzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Die Organisation des Arbeitsnachweises.

Die Frage der Organisation des Arbeitsnachweises hat am Anfang d. M. zu einer Auseinandersetzung zwischen dem „Hamburger Echo“ und dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission geführt.

Wir halten die bei dieser Gelegenheit gepflogenen Erörterungen dazu angethan, auch unsererseits der Frage wieder einmal näherzutreten. Unter der Betonung, daß, so lange die Zweitheilung zwischen Unternehmer und Arbeiter bestehe, auch die Unternehmer ein berechtigtes Interesse an der Regelung des Arbeitsnachweises hätten, gab das „Echo“ seiner Meinung dahin Ausdruck, bleibe nur die gemeinschaftliche Verwaltung übrig. Mit derselben sei denn auch, ebenso wie bei den Gewerbeberichten, eine erfolgreiche Thätigkeit zu entfalten. Diese aus vorausgegangenem Erwägungen gezogenen Schlüsse bezeichnet das „Correspondenzblatt“ als einen Appell an die Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit, da es in dem „Echo“ nicht erwartet hätte.

Das „Correspondenzblatt“ erhebt seinerseits die Forderung der Verwaltung des Arbeitsnachweises durch die Arbeiter. Die Kosten des Arbeitsnachweises haben die Gemeinden zu tragen.

Stellt man sich auf den Standpunkt, darzulegen, wie ein den Interessen der Arbeiter vollkommen dienender Arbeitsnachweis beschaffen sein muß, so ist die Forderung des „Correspondenzblattes“ die einzige korrekte und richtige. Sie ist kurz, klar, bündig und erschöpfend; durchführt, gäbe sie ein außerordentlich, wichtiges Kampfmittel der Arbeiter ab, ausgezeichnet geeignet, den Unternehmern die Achtung vor der Gleichberechtigung der Arbeiter aufzuwachen. Die Frage ist nur die, ist es im Augenblick möglich, einen so vollkommenen, nur von Arbeitern verwalteten Arbeitsnachweis zu errichten? Kommen wir zu einer Verneinung der gestellten Frage, dann stehen wir vor der weiteren Frage, was ist nützlicher und zweckdienlicher, die Organisation des Arbeitsnachweises in diesem Falle gänzlich zu unterlassen, oder bei einem solchen mitzuwirken, dessen Verwaltung von den Arbeitern und Unternehmern gemeinschaftlich geführt wird?

Da sind wir denn doch der Meinung, wir haben keine sich uns anbietende Gelegenheit unbenutzt verstreichen zu lassen, den Anfang zu einem organisierten Arbeitsnachweis zu machen, umso mehr, wenn ihm der Charakter einer öffentlichen Institution verliehen werden soll. Denn darüber dürfte wohl eine Meinungsverschiedenheit nicht bestehen, daß es zur Zeit völlig ausgeschlossen erscheint, einen nur von den Arbeitern verwalteten Arbeitsnachweis errichten zu können, der sich der Sympathien des Unternehmertums zu erfreuen hätte.

Ohne Zweifel wäre der Standpunkt des „Correspondenzblattes“ der richtige, wenn die Arbeiter heute zu wählen hätten, welche Form der Einrichtung des Arbeitsnachweises sie den Vorzug geben wollten. So liegt aber die Sache nicht. Darum können die Arbeiter, ohne daß sie sich dem Vorwurf der Anerkennung einer Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit schuldig machen, sich an einem von Arbeitern und Unternehmern geleiteten Arbeitsnachweis beteiligen, gleichwie sie dieselbe Praxis in den Gewerbeberichten einhalten.

Die Frage der Arbeitsvermittlung ist eine Frage des Arbeiterschutzes und in der Behandlung des letzteren haben die organisierten und klassenbewußten Arbeiter stets die Stellung eingenommen, daß jede, auch die geringste Abschlagszahlung akzeptiert wird, ohne daß man sich des Rechtes dadurch begiebt, zu gelegenerer

Zeit weitergehende Forderungen zu stellen und dafür stetig Propaganda zu machen. Der Arbeiterschutz wird doch um deswillen propagiert, um die Arbeiterklasse, die dem Verfall und der Verelendung bedenklich näher gerückt wird, widerstandsfähiger zu machen. Der widerstandsfähiger gemachten Arbeiterklasse wird es dann gelingen, aus dem ursprünglich dem Arbeiterschutz dienenden Instrument eine Kampfwaffe zu schmieden. Dann wird die Zeit gekommen sein, daß der von den Arbeitern geleitete Arbeitsnachweis an der gewerkschaftlichen Organisation die Rückendeckung hat, die Unternehmer zu zwingen, die festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten, als er auch anderweit das Kontrollmittel sein wird, die Säumigen zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen, wenn es dieses Kontrollmittels dann noch bedürfte, was aber in dem bezeichneten Stadium der Entwicklung der Arbeiterbewegung überflüssig sein würde.

Betrachten wir die Dinge heute unbefangen, wie sie nun einmal liegen, so müssen wir, so schwer es uns auch fällt, uns zu dem Eingeständnis bequemen, daß die von den Arbeitern geleiteten Arbeitsnachweise, Ausnahmen abgerechnet, zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind, und daß es als ein Fortschritt zum Besseren gegenüber dem bestehenden Zustande erachtet werden muß, wenn der Arbeitsnachweis zu einer öffentlichen Institution gemacht wird, auch unter der Einschränkung, daß er von Arbeitern in Gemeinschaft mit den Unternehmern verwaltet wird.

Wenn wir nun im Augenblick den Arbeitsnachweis nicht so organisieren können, wie wir es für wünschenswert erachten, so ist das deshalb noch lange kein Grund, nutzlos zu sein. Dem wirtschaftlichen Uebergewicht, der Besitzer der Arbeitsmittel, würde es zur Zeit entsprechen, wenn dieselben die bedingungslose Benutzung ihres Arbeitsweises seitens der Arbeiter verlangten. Daß dieses Verlangen nicht mehr geschieht wird, oder aber da, wo es gestellt wird, nicht dem gehofften Erfolg aufweist, weil, wie Legien auf dem sozialen Kongress in Frankfurt a. M. mit Recht betonte, das Unternehmertum auf die leistungsfähigen Arbeiter nicht verzichten kann und diese fast ausnahmslos klassenbewußte Arbeiter sind, beweist, daß die Existenz des Klassenbewußtseins der Arbeiter allein genügt, daß man sie nicht gänzlich bei der Einrichtung des Arbeitsnachweises unbeachtet lassen kann. Der mit kommunalen Mitteln errichtete und unterhaltene, von Arbeitern und Unternehmern unter gleicher Beteiligung geleitete Arbeitsnachweis kann seiner Natur nach kein soziales Kampfmittel sein, weder in der Hand der einen noch der anderen Partei. Werden die kommunalen Arbeitsnachweise allgemeiner und leben sich dieselben in das Volksleben ein, lernt das Volk sie als öffentliche Institution achten und wertschätzen, so werden sie selbst in dieser Form schon, wenn auch ein bedingtes Schutzmittel der Arbeiter abgeben. Die Unternehmer werden die ihnen zugewiesenen Arbeiter, selbst wenn sich einmal ein „mißliebiger“ darunter befindet, nicht so leicht abweisen, als wenn die Vermittlung der Arbeitsgelegenheit nur durch die Arbeiter besorgt wird oder die Arbeiter auf dem Wege des „Umschauens“ die Arbeitsgelegenheit aufsuchen.

Zudem ist der Arbeitsnachweis heute ein sehr fragwürdiges Kampfmittel. Auch auf dem Kongress in Frankfurt herrschte trotz der Mannigfaltigkeit der Parteischattirung und des Interessenstandpunktes unter den Teilnehmern Einstimmigkeit darüber, daß mit dem organisierten Arbeitsnachweis selbst die bestentsprechendste Form, den zentralisierten Arbeitsnachweis vorausgesetzt, die Arbeitsgelegenheit um keinen Deut vermehrt würde.

Die Frage der Arbeitslosigkeit würde somit vor wie nach eine brennende bleiben. Letztere aber in ihrer ganzen Tragweite festzustellen, das Verhältnis aufzuklären, in welchem die Arbeitslosigkeit zu der Entwicklung der Güterproduktion steht, wird den als öffentliche Institution geltenden Arbeitsnachweisen erst möglich sein, als den von einseitigen Interessen beeinflussten und mit unzureichenden Mitteln ausgestatteten privaten Nachweisen. Die Aufnahme und Bearbeitung einer Statistik der Arbeitslosigkeit wird und muß die vornehmste Aufgabe der Arbeitsnachweise werden. Wie oft ist unsererseits betont worden, daß, so lange eine gute sozialpolitische Statistik fehlt, der Arbeiterschutzgesetzgebung die sichere Unterlage fehlt, auf der planmäßig aufgebaut werden kann. Die dermalige Arbeiterschutzgesetzgebung ist Flickwerk; nichts Anderes als Probitpolitik.

Wir haben deshalb jede Gelegenheit zu ergreifen, aus der eine Verwirklichung der notwendigen Statistik möglich wäre. Haben wir die Zentralstelle des Arbeitsnachweises infolge des Widerstreites der kapitalistischen Interessen in dem von uns geforderten Reichsarbeitsamte nicht schaffen können, so suchen wir jetzt den Unterbau zuerst herzustellen in den kommunalen Arbeitsämtern, die sich zu Bezirksämtern auswachsen werden und für die das Reichsarbeitsamt als die natürliche Spitze sich ergeben muß.

Die Frage ist nun die: Wie kann der Bildung von kommunalen Arbeitsämtern Vorschub geleistet werden? Die Arbeiter sind bereits auf sicherer Fährte. Da, wo Gewerbeberichte bestehen, haben dieselben zum Theil bereits von dem Rechte des § 70 des Gewerbeberichtsgesetzes Gebrauch gemacht und sind mit Gutachten über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsämter an die Gemeindevverwaltungen herangetreten. Deffentliche Volksversammlungen versuchen, den Gutachten gehörigen Nachdruck zu verleihen. Wenn auch der Stuttgarter Bürgerausschuß noch einmal einen Seitenprung gemacht hat, das nächste Mal wird er sich in das Unvermeidliche finden. Wie in Stuttgart, liegen die Sachen in einer Reihe anderer Städte. Das gegebene Beispiel wirkt anregend und rückwirkend. Die Arbeiter werden energischer wie jeither darauf dringen, allen halben Gewerbeberichte zu erhalten, die dann mit dem Schwergewicht richterlicher Autorität für die Arbeitsämter einzutreten haben. Das giebt eine Aussicht sozialpolitischer Tragweite, an die die Väter des Gewerbeberichtsgesetzes nicht gedacht und die sie auch sicher nicht beabsichtigt haben. Verlegte man uns den geraden Weg, nun, wir stolpern auch nicht auf dem trummen.

Unsere Organisation in Südwestdeutschland.

II.

Wandern wir jetzt über den Rhein, so macht sich uns sofort die „Einheit“ des großen deutschen Reiches mit seinen zwei Duzend Vereinsgesetzen bemerkbar. In Baden kann man in allen Lokalen, zu jeder Zeit Versammlungen aller Art abhalten, ohne die Wohlthätliche Behörde um ihr Einverständnis ersuchen zu müssen. Würde dasselbe in Bayern geschehen, so — das meinen die Gesetzgeber — ginge es der besitzenden Klasse sofort an den Kragen. Und um dieser ihr Schlaraffenleben noch einige Zeit zu sichern, muß der „Ordnungs“-Organismus mit der reinlichsten Gewissenhaftigkeit über das Treiben der Arbeiter in den Versammlungen wachen. Wo „über Politik gesprochen“ wird, müssen Frauen und Arbeiter unter 21 Jahren sich fernhalten. Eine Gesetzesvorschrift, Ministerial- oder Polizeiverordnung, wodurch diese Arbeiterkategorie vor der kapitalistischen Auspöckerung geschützt würden, besteht natürlich nicht. Durch die polizeiliche Anmeldung der öffentlichen Versammlungen, die übrigens auch das preussische Vereinsgesetz verleiht, ist die Behörde in den Stand gesetzt, die Lokalinhaber zu veranlassen, daß sie ihre Infrage bezüglich des Lokals wieder rückgängig machen, was mit großem Erfolg betrieben wird. Den Anstoß an die

Zentralisation läßt die Behörde, nachdem sie prächtige Proben ihrer Vielseitigkeit abgelegt und damit sich gehörig blamiert hat, heute allenthalben zu. In Ludwigs-Hafen lassen nachgerade die Holzzeitungen etwas nach, weil man jedenfalls erkannt hat, daß die Arbeiterbewegung dadurch nur gestärkt wird. Thatsächlich ist dort trotz oder gerade durch die behördlichen Anstöße die Arbeiterpartei allen bürgerlichen seit Jahren über den Kopf gewachsen. Unsere dortige Zahlstelle steht ähnlich wie in Mannheim. Von etwa 200 Holzarbeitern sind ungefähr 60 organisiert, es heißt also auch dort noch arbeiten und aufklären.

In Frankfurt besteht seit 1883 ein lokaler Fachverein der Schreiner, der einmal polizeilich aufgelöst wurde, aber bald wieder zu den Lebenden gehörte. Später durfte er sich dem Verband anschließen und bildet heute die Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. Da sich die übrigen Holzarbeiter fast gänzlich fern halten, besteht die Zahlstelle fast nur aus Schreiner. Auch sie hat sich in letzter Zeit entwickelt und rege arbeiten die Kollegen daran, die in den Fournierschneidereien zahlreich beschäftigten Frauen für den Verband zu gewinnen. Eine öffentliche Versammlung, die kürzlich stattfand, führte der Zahlstelle an 12 neue Mitglieder zu. Mögen sie so weiter arbeiten.

Durch ihr Zusammenarbeiten in einer einzigen Fabrik sind die Holzarbeiter Eckenlorens schon miteinander verbunden. Trotzdem aber zählt bei 70 beschäftigten Arbeitern die dortige Zahlstelle nur 20 Mitglieder. Unter dem günstigen Umstande des Zusammenarbeitens in einem Betriebe müßte es mit Leichtigkeit gelingen, die Kollegen zu organisieren und sich einen großen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu verschaffen, welche letztere auch dort nicht die glänzendsten sind.

In Landau ist die frühere Zahlstelle wieder eingeschlafen. Hoffentlich gelingt es in nächster Zeit, sie aus dem Schlummer zu wecken.

Dürkheim beschäftigt außer den Säfern nur wenig Holzarbeiter. Bei der Gründung der Zahlstelle vor etwa 2 Jahren waren sie alle (25) gewonnen. Heute ist durch die Inertelosigkeit die Mitgliederzahl auf sieben gesunken und besteht keine Aussicht, sie wieder aktionsfähig zu machen. Von den Stellmachern ist keiner organisiert. Hier gerade wirkt die Behörde mit ihrem ganzen Einfluß auf die Lokalbesitzer ein, weshalb Versammlungen schwierig zu Stande kommen. Die Säfer, die der Weinbau in ziemlich hoher Zahl hier zusammenführt, sind meist unfähig in den verbotenen spießbürgerlichen Anordnungen ihrer Väter herangebildet, arbeiten bei ihren Vätern und sind daher schwer zu gewinnen. Alle Arbeiter haben Kost und Logis bei ihrem Weinelein und einen Lohn von 4, 5, wenn es hoch kommt 6 Mark pro Woche und führen so ein thörichtes Leben.

In Reutlingen hat die Behörde, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, schon Reiterwerke vollbracht. Abgesehen ganz davon, daß erst kürzlich ein „Schuß“mann, um die Ruhe zu erhalten, friedlich ihres Wegs ziehende Bürger überfall und mißhandelt, verheißt sie auch mit den Arbeiterorganisationen umspringen. Ein Festzug vom Metallarbeiterfachverein wurde verboten, als zum Abmarsch angetreten war; ein Vergnügen des Bahvereins wurde verboten, weil man auf den vielen Kirchweihen genug tanzen könne. Natürlich leiden die Organisationen unter solchen Maßregeln, zu der sich noch die Gewaltthat der Unternehmer gesellen. Die Holzarbeiter sind nur zu einem kleinen Theil organisiert und ähnlich die anderen Branchen. Auch dort wird seit kurzer Zeit mit Energie gearbeitet, was nicht erfolglos sein wird.

Kaiserlautern, eine Industriestadt, beherbergt eine große Zahl Holzarbeiter, aber eine nur unbedeutende Zahlstelle besteht dort. Von der früheren Zahlstelle der Drechslerorganisation gehören nur zwei Mitglieder dem Holzarbeiterverbande an. Allerdings gehörte am 1. Juli die Filiale der Drechsler schon lange wieder zu den Toten. Bei tüchtiger Verarbeitung wäre unsere dortige Zahlstelle wohl bedeutend zu kräftigen. Die Notwendigkeit dies zu zeigen die niedrigen Löhne und lange Arbeitszeiten, die dort herrschen. Auch die Gesamtbewegung muß angebahnt werden, der Boden ist dort vorhanden, nur müssen zunächst die vergiftenden persönlichen Zwistigkeiten aus den Organisationen verbannt werden.

Jetzt kommen wir in die Reichsstadt des Königs Stumm, der die gesamte Arbeiterchaft Rheinlands und Umgegend vertritt. Manches möchte; zum Theil hat er das sogar fertig gemacht. Infolge seiner „väterlichen Fürsorge“, von denen auch seine Parteifreunde Anklagen angeht, schreibt die Aufklärung unter den Arbeitern nur langsam fort. Das wirkliche Mittel, völlig unorganisierte Arbeiter zu gewinnen, ist die materielle Agitation und diese ist bei dem gänzlichen Mangel an der Stummgegend unmöglich. Bist es ein Sozialist, seine Stimme den Arbeitern anzuhören, so wird er von der Behörde so lange bestraft, bis er die Arbeiter auf die Straße jagt. Infolgedessen wurde in der Agitationskommission im September wieder in Stumm, noch in Saarbrücken, noch in St. Johann eine Versammlung kassiert. Die Vorgänge in Saarbrücken wurden bereits in der „Holzarb. Ztg.“ gechildert. Es gilt daher für unsere Kollegen an dieser Stelle, sich zunächst Lohne zu erörtern. Das muß in einer Gegend, wo 6 bis 10 Tausend Arbeiter auf einem kleinen Terrain zusammengedrängt sind, geschehen. Und sollte ein Wunsch von allen anderen Wünschen vorrangig und gerichtet werden, die Arbeiter müssen ihn sofort durchsetzen, indem sie nur da ihre Stimmen vernehmen, wo man sich als gleichberechtigte Bürger erweist.

Schwarz und weiß steht es in vielen Gegenden noch aus und auch selbst dort, wo die Sonne der Erkenntnis eingedrungen ist, gibt es noch viel zu thun. Kapital und Polizei arbeiten zusammen, um den Arbeitern die Ausübung ihrer Rechte zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. In den Parlamentarierverbänden schlagen sich die Vertreter der besagten Klasse an die Brust und weihen mit ausgebluteten Federn auf die Rechte hin, die sie dem Arbeiter zusprechen. Gehen dann die Arbeiter darauf, von diesen Rechten Gebrauch zu machen, so kommt dieselbe verunglückte Klasse, die vorher durch ihre Vertreter den Arbeitern die Rechte zugesagt, und überläßt sie dem Jungen, oder macht es ihnen durch ihre (der Kapitalisten) Handlungen unmöglich, diese Rechte zu benutzen.

Alle die mit dem heutigen System verbundenen Mängel, alle die von kapitalistischen Interessen veranlaßte Gewaltthat vor den unthätigen Arbeitern zu erklären und die Wege zu zeigen, die zur Beseitigung derselben führen, muß Aufgabe eines jeden sein. Bei zur Bekämpfung der heutigen Zustände gelangt. Abgesehen von den organisatorischen Vorstößen, die der politischen Bewegung durch die Gewerkschaften zu Stande kommen, müssen sich nur den Forderungen der wirtschaftlichen Forderungen auch

zur Umgestaltung der Gesellschaftsordnung bei. Die Tendenz des Kapitalismus läuft auf die Degeneration der großen Volksmasse hinaus; eine durch die Geschichte bestätigte Thatsache aber ist es, daß körperlich verkommene Bevölkerungsstücken noch nie erhabene Ideen realisiert haben; auf der jetzigen Stufe die Arbeiter zu erhalten, und da, wo sie bereits tiefer gesunken sind, sie wieder auf dieselbe emporzuheben, das muß Aufgabe der Gewerkschaften sein. Unsere politische Tätigkeit wird in absehbarer Zeit keine großen Erfolge bezüglich der Lebenshaltung des Volkes aufzuweisen haben, wohl aber können die Gewerkschaften schon heute namhaftes in dieser Hinsicht leisten, wofür Beispiele sprechen. Die verkürzte Arbeitszeit und die höheren Löhne in den großen Industriestädten wären ohne die dort bestehenden kräftigen Organisationen unmöglich gewesen. Wenn nicht überall solche Erfolge aufzuweisen sind, so müßten sich das die säumigen und gleichgültigen Arbeiter selber zuschreiben.

In den letzten Jahren ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwicklung zurückgeblieben, und die Schuld dafür der politischen Bewegung bezug. deren Leiter zugeschoben worden, die, wie behauptet wird, die Gewerkschaften ignorieren. Zugegeben soll sein, daß es einzelne Personen in der politischen Bewegung gibt, die den Gewerkschaften nicht besonders hold sind, ja in ihrer Begriffsverwirrung sogar behaupten, die Gewerkschaften, die den radikalsten und gefährlichsten Kampf führen, führen zur Verjüngung; das war aber auch schon früher, als man mit den Fortschritten der Gewerkschaften noch allgemein zufrieden war, in noch viel größerem Maße der Fall.

Thatsache ist ferner, daß, wie anfangs erwähnt, der intensive und auf mehr Gebiete sich erstreckende Kampf der politischen Bewegung die vorhandenen Kräfte mehr in Anspruch nimmt, (P) allein die Hauptursache der eingetretenen Stagnation sind unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert haben. Nehmen wir daher diese zum Gegenstand unserer Belästigungen unter den nichtorganisierten Arbeitern, zeigen wir ihnen, wie die Arbeitermassen heute hungern müssen, weil sie zu viel gearbeitet haben und die durch gemeinsame Arbeit erzielte Klarheit unter den Arbeitern wird unsere Organisationen kräftigen.

Zusbesondere seien auch an dieser Stelle die Kollegen Süddeutschlands aufgefordert, unentwegt weiter zu arbeiten, damit es uns gelinge, unser Ziel, die Verbesserung des Loses des Arbeiters und dann die endgültige Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus, zu vollbringen. Das soll und muß geschehen unter der Parole:

Was zum Schuß,
Dem Feinde zum Trug

Reicht Euch die Bruderhand!

Ramstein.

W. K.

Sozialpolitische Kundigen.

Gewerbegerichte, Arbeitsnachweis und Arbeitsämter werden von nun ab eine unzerrennliche Dreieck bilden. Wo Gewerbegerichte bereits bestehen, ergreifen die Arbeiterbeisitzer die Gelegenheit beim Schopf und bringen Anträge auf Errichtung von durch städtische Mittel unterhaltenen Arbeitsnachweise bzw. Arbeitsämter ein. Die Arbeiterbeisitzer des Gewerbegerichts in Leipzig sind in dieser Beziehung denen in Frankfurt a. M. gefolgt. Es dürfte nicht lange dauern, und es wird wohl auf der ganzen Linie der Fortschritt erfolgen. — In München hat der Gewerbeichter, Rechtsrat Wöhl, die Sache in die Hand genommen. Ob die Väter des Gewerbegerichts, getrieben wohl die sozialpolitische Tragweite derselben wie sich dieselbe aus dem entworfenen Vorgehen der Arbeiterbeisitzer ergeben haben, vorausgesehen haben? Wir glauben es nicht. Sie würden solches sonst zu verhindern gewußt haben. Daß wir nicht aus angeborener Schwarzseherei zu unserem Urtheil gelangen, dafür können wir sofort den Beweis erbringen. Die „Königliche Volkshilfe“, das rheinische Hauptorgan der Ultramontanen, das sich nicht wenig auf die Sozialpolitik des Zentrums zu Gunsten, verrieth in einem schwachen Augenblick, wie leid ihm die von den Arbeitern angeführte Selbstverwaltung der Institute des Arbeiterthums ist. Das Blatt konstatirte den zunehmenden einschlagenden Einfluß des klassenbewußten Arbeiterelements in den Ortsklassen, und künftige verschämterweise daran die Frage, ob man diese Entwicklung voranzuführen habe? Beachtlich habe man sie ganz gewiß nicht. Wir sind nun weit entfernt, dem einschlagenden Einfluß der Arbeiter bei der Verwaltung der Krankenkassen eine hervorragende Bedeutung beizulegen. Durch Arbeitslosenversicherung und Arbeitsverweigerung kann das Unternehmertum sich „unliebsame Elemente“ vom Halse halten und abschicken. Aber gerade deshalb, weil die klassenbewußte Arbeiterchaft die Ortsklassen durchaus nicht als Operationsfeld anseht, macht die Fragestellung des ultramontanen Organs kurz. Sie läßt erkennen, daß man jede selbstständige Regierung der Arbeiter mit schelen Augen betrachtet. Und weshalb? weil man merkt, daß die „Volkshilfe“ dann überflüssig werden. Was haben die Arbeiter in den Ortsklassen denn seither unternommen? Sie haben doch nur in der geistlich gezogenen Grenzen der Wohlthaten der Versicherung den Arbeitern zugänglicher gemacht. Ist das sozialdemokratisch? Pflichtvergehen hätten die Arbeiter gehandelt, hätten sie solches unternommen. Wie einseitig müssen Diejenigen sein, die der Meinung sind, der Arbeiter könne sich in Bezug auf die Bekämpfung seiner Interessen einer Pflichtvergehenheit schuldig machen. Mit der vorherigen Prüfung der Gesetze auf ihre sozialpolitische Tragweite ist das so eine heisse Sache. Wir würden uns niemals anmaßen, die sozialpolitische Tragweite irgend eines Gesetzes voraus zu bestimmen. Das können nur die, welche die wirtschaftliche Entwicklung kennen und sich berufen und mächtig genug glauben, dieselbe in bestimmte Bahnen einzuführen zu können. Wenn ihnen dann die Entwidlung einen dicken Strich durch die Rechnung macht, dann fragen die Leute in ihrer Herzensinnigkeit, ob man diese Wirkung wohl beabsichtigt habe? Wir sind der Meinung, daß die Fragesteller hinter ihrer Reizende den Wunsch verbergen, Diejenigen, welche die Zeit der vorausbestimmten sozialpolitischen Tragweite über, da zu wissen, wo der Pfeffer wächst.

Gewerbegerichtswahl. Wie nicht anders zu erwarten, haben in Trier die Christlich-Sozialen, richtiger die Ultramontanen, auch in der Frage der Arbeitnehmer bei den anstehenden Wahlen zum Gewerbegericht einen unbestimmten Sieg erfochten. Jede selbstständige Vertretung der klassenbewußten Arbeiter würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung zu Gefolge haben, wie das schon das vorige Mal der Fall war. Die Arbeitnehmer haben es dort in der That, jeden, nicht auf den Ultramontanismus

Schwörenden und sich „lästig“ gemacht habenden durch Entziehung der Arbeitsgelegenheit hinaus zu graulen. Man hatte diesmal nichts zu befürchten. Man war ganz unter sich. Von 3800 Wählern haben sich nur 140 an der Wahl betheiligt. Was für ein ganz anderes Bild der Mäßigkeit und Thatsache entwickelt sich, sobald die klassenbewußte Arbeiterchaft den Wahlakt einleitet. — Das gleiche Resultat wie in Trier, weil die gleichen Voraussetzungen vorlagen, zeitigten die Wahlen zum Berggewerbegericht im Saargebiet. Auch hier siegte die Liste der Christlich-Sozialen.

Errichtung eines Gewerbegerichts. Seit mehreren Jahren bemühen sich die Arbeiter in Darmstadt vergeblich um die Errichtung eines Gewerbegerichts. Das ablehnende Verhalten der städtischen Behörden fand Unterstützung durch die Arbeitgeber, welche die Nothwendigkeit der Errichtung des Gewerbegerichts verneinten. Auf erhobene Beschwerde seitens der Arbeiter hat nunmehr die Regierung der Stadtvertretung aufgegeben, unverzüglich mit der Errichtung des Gewerbegerichts vorzugehen und die Vorarbeiten hierfür möglichst zu beschleunigen. Wer hat nun am besten Zeugniß für sozialpolitischen Scharfblick abgelegt?

Betriebsunfälle und Arbeitspannen. Eine bemerkenswerthe Beobachtung über den Zusammenhang zwischen der Eintheilung des Arbeitstages und der Häufigkeit der Unfälle theilt der Gewerbeinspektor für Köln a. Rh. in den soeben erschienenen Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten mit. Er giebt ein Diagramm (veranschaulichende Skala, Aufzeichnung), welches feststellt, daß sich die Unfälle immer nach drei- bis vierstündiger Arbeitszeit häufen und bemerkt dazu: „Demnach steigt allerdings die Zahl der Unfälle mit der Länge der Arbeitszeit; namentlich am Vormittag ist das Ansteigen ein durchaus regelmäßiges. Selbstverständlich ist damit für die Schläffe, die aus dem Material zu Gunsten eines kurzen Normalarbeitstages gezogen werden, nichts bewiesen. Das ergibt sich schon aus dem Umstande, daß die verhältnismäßig größte Zahl der Unfälle in der Zeit von 10—11 und von 11—12 Uhr Vormittags vorkommen. Denn darnach würde eine Arbeitszeit von mehr als vier Stunden täglich als unzulässig anzusehen sein. Das Absurde eines solchen Schlusses bedarf keiner näheren Aufklärung. Was sich indessen aus dem Diagramm lernen läßt, ist der sehr wohlthätige Einfluß, den eine längere Arbeitspause auf die Frische des Arbeiters ausübt, und es verdient meines Erachtens die Frage große Beachtung, ob sich nicht durch andere Eintheilung des Arbeitsplanes, das heißt durch Einschleiben einer zweiten längeren Pause, also durch Dreitheilung des Arbeitstages, eine günstige Einwirkung auf das Wohlbefinden der Arbeiter erzielen läßt. Die dem entgegenstehenden Schwierigkeiten, die namentlich in der vermehrten Ortsbewegung der Arbeiter ihren Grund haben würden, sollen nicht verkannt werden; doch würde ein Versuch in größerem Maßstabe wahrscheinlich die Nichtigkeit des Gegentheils bestätigen. Vielleicht führt diese Anregung zur verschämten Einführung zu einer ganzstündigen Pause (statt der halbstündigen) an Vor- und Nachmittagen.“ Öffentlich wird diese Anregung beachtet. Sollte sich die ihr zu Grunde liegende Beobachtung als allgemein richtig herausstellen, so wird allerdings nur eine gesetzliche Vorschrift die bessere Eintheilung des Arbeitstages herbeiführen können.

Der Herr Gewerbeinspektor in Köln gehört mit zu den arbeiterfreundlichen Beamten, wie sein Entgegenkommen, Sonntag Klagen und Wünsche der Arbeiter entgegen zu nehmen, beweist. Es berührt deshalb seltsam, daß der Herr bei Veröffentlichung seiner Unterstützung und Aufstellung der Forderungen kürzerer Arbeitsperioden und längerer, dazwischen liegender Ruhepausen, sich glaubt dagegen verwahren zu müssen, seine Forderung begründe einen kurzen Normalarbeitstag. Soll die Forderung nicht einen kurzen Normalarbeitstag begründen, dann wird sie Utopie, — Gedankenpielerei bleiben. Denn unter Beibehaltung des jetzt in der Industrie allgemein üblichen Arbeitstages längere Ruhepausen einzuhalten, dagegen würden sich Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig sträuben. Den Betrieben würde mit einer solchen Einrichtung eine Vermehrung der Produktionskosten auferlegt und die Arbeiter hätten Abends um so länger auszuhalten. Außerdem sind wir der Meinung, daß, wenn der „Normalarbeitstag“ eine achtstündige Dauer nicht übersteigt, die Arbeiter außer einer zweistündigen Mittagspause, weder Arbeitsunterbrechungen verlangen noch benötigt sein werden. Die durch die herabgesetzte Zeit der Abraderung als wie durch die längere Erholungs- und Ruheperiode gewonnene Spannkraft, wird für eine jeweilige vierstündige Arbeitsperiode vorhalten. Denn das ist ein alter Erfahrungssatz, nichts stumpft mehr ab, als ein ausgebeuteter Arbeitstag.

Wenig Glück hatte die Glaserinnung in Frankfurt a. M. mit dem Versuch, ein Innungsschiedsgericht zu errichten. Von Seiten der Innung wurde der ganz unberechtigte Vorwurf gegen das Gewerbegericht erhoben, daß die Unparteilichkeit desselben bezweifelt werden müsse, weil dessen Beisitzer lauter Sozialdemokraten seien. Schon früher, ehe die auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes errichteten Gewerbegerichte fungirten, war nur die paar auf Grund eines Urtheils errichteten befanden, wurde zu wiederholten Malen die strenge Unparteilichkeit der Arbeiterbeisitzer gerühmt und zwar in offiziellen, von den Vorstehenden ermittelten Berichten. Es ist vorgekommen, daß selbst die Arbeitgeberbeisitzer einem verlagten Arbeiter gegenüber Billigkeitsrücksichten wollten walten lassen, diese aber von der Beisitzern der Arbeiter zurückgewiesen wurden und streng nach dem Geiste des Gesetzes entschieden. Die Versammlung der Glaser war von 25 Meistern und 40 Gesellen besucht. Von den Ersteren stimmten zwei mit den Gesellen, die einstimmig sich gegen die Errichtung des Innungsschiedsgericht erklärten.

Ein neuer Versuch mit der Bildung eines bergmännischen Rechtsschutzvereins im Saargebiet ist in Aussicht genommen. Anfangs nächsten Monats wird zu diesem Behufe eine Versammlung im Saale zu Wildhof stattfinden. Mit der Auflösung des früher bestehenden Rechtsschutzvereins haben die Bergarbeiter des Saargebietes sich jeder Rückendeckung beraubt und sich dem bürokratischen Kapitalismus auf Gnade und Ungnade überantwortet. Mit dem Schreden der Arbeitslosigkeit sind die Arbeiter zu Paaren getrieben. Die energischeren Naturen haben der Heimath den Rücken gekehrt, die Anderen sind zu Kreuze getrocknet und betrachten es als eine Gnade, wieder einschlafen zu dürfen. „Freiwillig“ auf Wunsch der Oberverwaltung läßen die Aermsten jetzt den letzten losen Zusammenhang auf, der sie noch verbindet. In den Bergmannsdörfern existiren fast

Zeit die Regierung einer Druckfirma, die Steigerungsarbeiten herstellt, die Entziehung dieser Aufträge angekündigt, wenn die Firma fortfahre, in ihren Provinzgeschäften prinzipiell nur Nichtgewerkschaftler zu beschäftigen. Da der jetzige Handelsminister, Mundella, lange Jahre selbst Fabrikant war und noch heute an Fabrikgeschäften theilhaftig ist, so kann Niemand behaupten, daß der Mann vom grünen oder rothen Tisch weg beherrscht, ohne das praktische Leben zu verstehen. Aber die Erfahrungen des Londoner Gewerkschaftsrathes sprechen die berechtigte Sprache gegen das Geklächel der Berliner Fortschrittsweisheit. — Vor anderthalb Jahren schrieb der Gewerkschaftsrath die Renovierung und Uebersetzung der Hauptleitung des Abzugskanals in einer Verkehrsstraße von Südlondon aus. Zwei Angebote liefen ein, von denen jedes die Summe von M. 230 000 überstieg. Einer der ersten Unternehmer für diese Art Arbeiten schrieb, er lehne es überhaupt ab, ein Angebot zu machen, da er sich nicht auf die vom Gewerkschaftsrath vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen einlassen könne. Schön, was hat der Gewerkschaftsrath? Da nach Ansicht seines Ingenieurs die beiden Angebote mindestens um M. 90 000 zu hoch waren, beschloß er Ende September, den Bau selbst in Regie zu nehmen. Nachdem die nötigen Vorarbeiten getroffen, die Betriebsgeräte angeschafft waren, wurde ein geübter Arbeiter zu M. 80 die Woche engagiert und mit dem Werk begonnen. Nur gutes Material wurde benutzt, gute Löhne gezahlt und die von den Gewerkschaften als vorbildlich anerkannte Arbeitszeit innegehalten. Durch häufige Revisionen überzeugten sich die Mitglieder des Rathes, daß solche Arbeit geleistet wurde. Und wie stellte sich die Rechnung am Schluß der Dinge? Nicht M. 230 000, wie die Kontraktunternehmer verlangt, nicht M. 140 000, wie der Rathsingenieur geschätzt, sondern Alles in Allem M. 107 000. Der Rath hatte über 120 pBt. gespart und dabei noch die mit M. 8000 angeschafften Arbeitsgeräte in den Kauf erhalten. Der zuletzt lachte, waren nicht die Weisen, die prophezeit hatten, der eigene Regiebetrieb werde sich als verfehlt erweisen, sondern diejenigen, die müthig genug waren, mit der Routine zu brechen. Aber nicht nur das progressivste London geht in dieser Weise vor. Aus Vancouver — man denke, der Gewerkschaft, deren Hauptort Vancouver heißt — kommt die Nachricht, daß der Gemeinderath von Oldham — einer Stadt von über 130 000 Einwohnern — beschlossen hat, seine neuen Kanalisationswerke unter Leitung eines erfahrenen Ingenieurs vollständig in eigener Regie ausführen zu lassen. Die Kosten des Unternehmens, das mit sehr vielen Schwierigkeiten verknüpft ist — Oldham ist bekanntlich ein Fabrikzentrum der Textilbranche und darf sein Abwasser nicht in den Fluß, an dem es liegt, ableiten — sind auf vier Millionen Pfd. veranschlagt und die Rätze der Stadt würden sicher nicht eine so große Summe — M. 30 auf den Kopf der Bevölkerung — ausgeben, wenn sie sich nicht vorher überzeugt hätten, daß die Stadt absolut nichts riskierte, sondern im Gegentheil sowohl vom Gesichtspunkte des Interesses der Steuerzahler, als auch der Arbeiter besser dabei fährt. Aber freilich, die Stadtverwaltung Oldhams besteht nicht zu zwei Dritteln aus Leuten, die ein Interesse an berufsmäßigen Vertretern kapitalistischer Interessen macht.

Aus England. In einer kurz beendeten Versammlung von Beschäftigten aus Darbenham im Stadtbezirk Hadley hielten am 16. d. M. Abends die beiden Abgeordneten des Bezirkes, der Generalstaatsanwalt Sir Charles Russell und der konservative Bousfield, Reden. Der Letztere erklärte, daß die Arbeitslosigkeit sozusagen ungesetzlich sei und daß Leute, die gezwungen wären müßig und hungrig zu sein, zu unständiger Lasterarbeit erhalten müßten. Sir Charles Russell sprach dieses Thema weiter aus. Es sei nicht das Gesetz von England Schuld, daß Jemand Noth lide; im Gegentheil, das Gesetz erlaube das unversöhnliche Recht jedes Staatsbürgers, zu leben. Das sei das Fundamentprinzip des Armengesetzes. Nach Sir Charles liegen die Fehler desselben darin, daß es wie Verbrecher und Außerer diejenigen behandelt, die nicht durch eigene Schuld gerathen werden, Hilfe zu suchen. Das System des Arbeitens habe dazu geführt, die kleinen Wirtschaften zu zerstören, während doch die Aufgabe sein sollte, diese zum Schutze gegen den berufsmäßigen Kapitalismus zu erhalten. Der Redner wies dann auf die Armenräthe hin, denen es obliege, die Arbeitslosen zu beschäftigen. Von der Galerie der Stadthalle, in welcher die Versammlung stattfand, hing eine große Fahne herab, auf welcher sich folgende Aufschrift befand: „Wir verlangen Achtung für unsere Frauen und Kinder; geht uns Arbeit, um Nahrung zu erhalten, oder, bei Gott, wir werden sie uns nehmen.“ Der Generalstaatsanwalt erwiderte am Schluß seiner Rede großen Beifall. — Auch bei uns stellt das Gesetz den Armenunterstützung Bescheidenden in Bezug auf die Entziehung des Wahlrechts auf die Stufe mit dem der politischen Ehrenrechte verlustig Gegangenen.

Genosse Reiz hat die Zahlen veröffentlicht im „Labour Leader“ einen Artikel über den englischen Bergarbeiter-Ausstand unter der Spitzmarke: „Geldmuth, Noth, Räuberei“. Er sagt darin u. A., daß der Hunger der Kohlenbarone im Jahre 1899, nach ihren eigenen Angaben, 290 Millionen Pfd. betrug. Ferner empfangen die Grund- und Bodenbesitzer 120 Millionen Pfd. für Grundzins und andere Bergwerksabgaben. 3000 Grundeigentümer und Kapitalisten theilen sich in die Bergwerks-Jahrlöhne.

In dem Reiz hat die Zahlen zusammengefaßt, lautet er zu folgenden Resultat:

3000 Grundbesitzer, meistens große Besitz (die meisten), denen die Bergwerke und Mineralien des Landes gehören, erhalten	M. 340 000 000
300 000 Bergarbeiter, welche hart arbeiten und Leben und Uebersicht verlieren, indem sie nur mit Kohlen versehen	300 000 000
Durchschnitt der Grundeigentümer - Kapitalisten pro Jahr	113 340
Dies pro Woche	2 180
Durchschnitt des Bergmanns pro Jahr	1 000
Dies pro Woche	19

Reiz hat die folgende Liste: „Worauf die armen, geschundenen Bergarbeiter sich verlassen, ihre unmittelbaren M. 19 pro Woche auf M. 14“ reduzieren zu lassen, dann die Grundeigentümer, Kapitalisten ihren Hunger still und ganz unerbittlichen Mutes. Ferner die Regierung, welche sich auf die Seite der Arbeiter zu stellen, und den Grundeigentümern die Wahl zu lassen, entweder ihre ungenügende Forderung zurückzugeben oder der nationalen Industrie nicht länger im Wege zu stehen, ihre von den Bergwerksbesitzern bewohnten Entschlossen, um die Arbeiter niederzuschlagen.

weil sie es wagen, der Forderung der Kohlenbarone zu widersprechen.“ —

Aus der englischen Berufsstatistik für das Jahr 1890, die eben publiziert wird, ersehen wir, daß die Frauenarbeit stark zugenommen hat. Im Vergleich zum Ergebnisse der beiden letzten Volkszählungen gestalten sich diese Hauptsummen folgendermaßen:

Gesamtbevölkerung	Beschäftigte			
	Personen	männliche	weibliche	
1891	20 002 525	12 898 484	8 883 254	4 016 230
1881	25 974 439	11 187 564	7 783 646	3 403 918
1871	22 712 266	20 593 466	8 270 186	3 323 280

Eine bemerkenswerthe Thatsache bildet die unverhältnismäßige Steigerung der Arbeitstätigkeit der weiblichen Bevölkerung. Wie aus der Einzelstatistik hervorgeht, weitet sich das Feld weiblicher Berufstätigkeit stetig aus, sowohl in Landwirtschaft, als Handel und Industrie. Auch die Kinderarbeit hat sehr großen Umfang in England, denn es wurden 681 404 Personen unter zehn Jahren, und zwar 419 209 Knaben und 262 194 Mädchen, und 2 480 111 10-15jährige Personen, und zwar 1 395 244 Knaben und 1 084 867 Mädchen beschäftigt.

Aus Frankreich. Der sozialistische Municipalrath zu Roubaix ist in der schönsten Arbeit, die bestehende Ordnung umzuführen. Derselbe hat nämlich eine städtische Apotheke und ein Gemeindebureau für unentgeltliche Rechtsdienste zu schaffen beschlossen.

Aus der Schweiz. Die Basler Regierung hat ein Hilfscomité eingesetzt, welches die Aufgabe hat, für die Arbeitslosen in der Textilindustrie private Geldbeiträge zu sammeln und ihnen zu übermitteln. Die Zahl der Arbeitslosen in der Seidenbandindustrie beträgt über 600. Der Geschäftsgang weist ständige Verflaumung auf; vor Neujahr wird eine erhebliche Besserung nicht erwartet.

Letztere Auffassung dürfte noch eine zu rosig gefärbte sein. Eine schroffere Widerlegung der albernen Phrase, „daß Jeder, der arbeiten wolle, auch jederzeit Arbeit fände“, kann dieselbe nicht finden, als sie in dem Vorgehen der Basler Regierung enthalten ist.

Aus Oesterreich. Unbeschadet der von der Regierung in Angriff genommenen Wahlrechtsreform, beharren die Arbeiter in der Agitation für die Erkämpfung des allgemeinen Stimmrechts. Was die Regierung bietet, wird selbstverständlich vorweg angenommen. Deutlich, aber in nicht mißzuverstehender Weise, werden die bürgerlichen Parteien beudert, den Widerstand gegen die Regierungsvorlage aufzugeben. Das deutsche Bürgerthum spielt die jämmerlichste Rolle. Es befindet sich in einem Kreuzfeuer, indem ihm seine seitherige Großmüthigkeit verloren gegangen ist. Die Arbeiter drohen, falls die bürgerlichen Parteien sich widerpenflich zeigen, mit dem allgemeinen Ausstand, dessen Erörterung, nach einem Beschluß einer Reichskonferenz, von der Presse bis zu dem nächsten Parteitag ununterbrochen betrieben werden soll.

Aus Italien. Die Wirkungen der festgeschlossenen Arbeiterpartei machen sich bereits fühlbar. Die Regierung bejammert sich auf ihre Pflicht, daß es hohe, höchste Zeit sei, der Frage des Arbeitsschutzes näher zu treten.

Eine Vorlage über die Frauen- und Kinderarbeit will Herr Sacavia der italienischen Kammer bald nach ihrem Zusammentritt machen. Dieselbe will Frauen von der Beschäftigung bei unterirdischen Arbeiten, wie in Tunneln, Gruben, Bergwerken, ganz ausschließen und Kinder zu denselben erst nach vollendetem zehnten Lebensjahre, zulassen. Wie diese Bestimmung den Beschlüssen der internationalen Berliner Konferenz entspricht, so lehnt sich auch der sonstige Inhalt der Vorlage an diese an. So sollen künftighin Wöchnerinnen während der ersten vier Wochen nach der Entbindung weder in Gruben und Bergwerken, noch in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Es steht jedoch eine Bestimmung, welche die Frauen in den letzten Wochen vor der Niederkunft vor derartigen Beschäftigungen schützt. Der Entwurf ertheilt jedoch der Regierung die Vollmacht, die Beschäftigung minorer Frauen in gefährlichen oder ungesunden Gewerbebetrieben zu untersagen, eine Vollmacht, die sie jetzt schon zu Gunsten der Knaben unter 15 Jahren besitzt. Prinzipiell soll auch die Nachtarbeit für Frauen und Kinder verboten sein, doch behält sich das Ministerium das Recht vor, Ausnahmen von der Regel eintreten zu lassen, wo es das Interesse der Industrie erfordert. Die Vorlage wird auch Bestimmungen über die Dauer des Arbeitstages, über Ruhetage und Arbeitsunterbrechungen enthalten und will gleichzeitig Vorkehrungen treffen, daß die in der Industrie beschäftigten Kinder nicht der Schule entzogen werden.

Eine andere Vorlage soll die Auszahlung des Arbeitslohnes regeln. Die Vorlage soll dem noch in voller Blüthe stehenden Lohnsystem mit aller Energie zu Leibe gehen. Die Lohnzahlung darf nur in der im Lande fürsmäßigen Münze geschehen. Arbeiter mit einem Tagelohn bis 2 Lire müssen mindestens wöchentlich, die mit einem Tagelohn bis 4 Lire mindestens alle 14 Tage entlohnt werden, und auf Abord arbeitende Leute sollen wöchentlich einen im Verhältnis zur geleisteten Arbeit stehenden Vorschuß erhalten. Alle Lohnverträge, welche die freie Verfügung des Arbeiters über seinen Verdienst beschränken, sind verboten, nicht minder die Auszahlung des Lohnes in Cafés, Schänken und ähnlichen Lokalen. Bezüglich der Pfändbarkeit der Löhne wird bestimmt, daß bis zu einem Tagelohn von 2 Lire höchstens ein Fünftel des Verdienstes pfändbar ist. Auch die Abtretung des Lohnes darf nur bis zu einem Fünftel erfolgen, aber gleich der Pfändung nur statthaben, wo es sich um Sicherung gesetzlich geschuldeter Alimentenzahlungen handelt. Damit sollen die schlimmsten Mißstände, denen man nach den Berichten der Präfecten auf diesem Gebiete begegnet, beseitigt werden. — Sache der organisierten Arbeiter wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Sache nicht auf die lange Bank geschoben wird.

Aus Amerika. General Allen von der kalifornischen Miliz hat mit Zustimmung des Gouverneurs Markham folgendes bedeutsames Rundschreiben erlassen:

„In welcher Verfassung befinden sich die Waffen in Ihrem Regiment? Wie viel Schießbedarf ist vorräthig? Wie viel Munition führt jeder Mann bei sich? Wie viel kosten die 6. P. Patronen, Kaliber 45, in ihrem Quartierort; wie viel die Remover-Patronen des gleichen Kalibers? Wie viel beträgt

das Durchschnittsgewicht von Pulver, Kugel und den Patronen? Führt das Regiment Repetir-Gewehre? Wie viel Mannschaft ist jeden Augenblick dienstbereit? Was muß angeschafft werden? Bitte um: genaue und bestimmte Antwort!

Bis nächsten Januar sind keine Unruhen zu befürchten, doch sobald die Ernte der Früchte, des Getreides und des Hopfens beendet, werden Massen unbeschäftigter Arbeiter vorhanden sein.“

Dazu schreibt das „San Francisco Tageblatt“: „Ohne Zweifel werden diese Leute entlassen, wenn sie die Ernte aufgespeichert haben, und dann giebt's nichts mehr für sie zu thun. Da aber keine Verwendung mehr für sie da ist, können sie abgeschlachtet werden. Mit Gewehr und Patronen kann man keinen hungrigen Magen füllen. Sollen Menschen deshalb getödtet werden, weil sie arm sind? Glaubt der Gouverneur damit die Arbeiterfrage gelöst zu haben? Selbst eine allgemeine Abschlächterei wird das Uebel nicht beseitigen.“

Wenn die 400 000 Dollars, welche die letzte Legislatur für die Miliz bewilligte, zur Anlegung von Fabriken im Staate verwendet worden wären, in welchen die Arbeitslosen mit der Produktion notwendiger Güter zum Leben beschäftigt würden, dann würden keine Arbeitslosen vorhanden sein, und der Gouverneur hätte keine Veranlassung, die Miliz mit scharfen Patronen und Waffen zu versehen.

Die Beschäftigung der Arbeitslosen durch den Staat würde jedem dieser Beschäftigten den Genuß des vollen Werthes seiner geleisteten Arbeit ermöglichen — das ist es, was die Sozialisten erstreben.“

Um die Konkurrenz der Arbeit der Nicht-haussträflinge mit der freien Arbeit aus der Welt zu schaffen, hat die Gesetzgebung des Staates Illinois für die Zukunft das Verdingen der Sträflinge an Privatpersonen verboten. Der Staat Illinois übernimmt nun selbst die bereits in dem Zuchthaus zu Joliet bestehenden Fabrikgeschäfte und betreibt sie auf eigene Rechnung weiter. Im September übernahm er die Maschinen und Vorräthe einer Sattlerfirma, welche 150 Sträflinge beschäftigte. Bei einigen Geschäftszweigen stehen der sofortigen Uebernahme kontraktliche Verbindlichkeiten entgegen.

Der neueste Ausweis des statistischen Arbeitsbureaus von Massachusetts für das Jahr 1892 enthält Berichte von nahezu fünftausend Fabriken im Staate, welche alle größeren Etablissements der Hauptindustrien umfassen. Darnach steht Boston nach wie vor an der Spitze der Fabrikstädte des Staates, denn es beschäftigt in den hauptsächlichsten Industrien 90 108 Personen, und der Werth der von diesen hergestellten Waaren beträgt Doll. 208 000 000 (= M. 832 Millionen). Die Stadt Lowell behauptet den zweiten Platz; sie beschäftigt 28 086 Personen und verarbeitet Waaren im Werthe von fast Doll. 40 000 000 (= M. 160 Millionen) pro Jahr. Dann kommt Fall River mit 22 822 Angestellten und einer Produktion im Werthe von Doll. 31 Millionen (= M. 124 Millionen), Worcester beschäftigt 21 478 Personen und fabrizirt Waaren im Werthe von über Doll. 39 Millionen (= M. 156 Millionen). Es folgen Lynn, Lawrence, Haverhill und Cambridge. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Arbeiter ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Alter betrug im Jahre 1892 Doll. 452,21 (= M. 1809) gegen Doll. 445,49 (= M. 1782) im Vorjahre, was einer Zunahme um 1,51 pBt. gleichkommt. Lohnrückstellungen erfolgen durchweg in den Industrien, welche größere Geschäftlichkeit erheischen und in denen hauptsächlich männliche Personen beschäftigt werden. In den Hauptindustrien erfuhr die Löhne folgende Steigerung: In der Lederindustrie 12 pBt., Stiefel und Schuhe 10,81, Wollenwaren 7,76, Papierwaren 8,40, Metallwaren 4,06 und Baumwollwaren 3,83 pBt. — Die Lohnrückstellungen sind durch die anhaltende Krise in diesem Jahre schon wieder mehr wie weit gemacht. Gerade in Massachusetts haben die Fabriken wochenlang still gelegen. Die Löhne waren voll und die Unternehmer konnten es aushalten. So firs gemacht, fügten sich die Arbeiter stillschweigend bei Wiedereröffnung der Fabriken Lohnreduktionen von 10 bis 15 pBt. Die Arbeiter können fast nicht anders handeln, weil die Organisationen außerst im Argen liegen. Alerwärts nichts als Perspektivlosigkeit.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. N.)

Achtung Bierknecht! In der Bischofs-Burichterei von Steidtmann & Nagel in Hamburg-Eilbek drohen Lohnreduktionen. Wir bitten die Kollegen allerorts, bis auf Weiteres den Bezug nach hier streng fern zu halten.

F. A. Carl Samatias.
Achtung Drechsler! Wegen ausgebrochener Differenzen in verschiedenen Werkstellen werden die Kollegen ersucht, den Bezug von Stockdrechslern nach Bürgel in Thüringen fern halten zu wollen. Die Kommission.

Flensburg. Schon seit langer Zeit beschäftigt sich die hiesige Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes mit einer Angelegenheit, die auch schon dem Ausschuß des Tischlerverbandes sowie auch dem des Holzarbeiterverbandes zur Beurtheilung vorgelegen, aber bis jetzt nicht die Erledigung gefunden hat, welche für die hiesigen Kollegen zurfriedenstellend wäre. Die Versammlung am 7. Oktober beschloß deshalb, die Angelegenheit im Organ zu veröffentlichen. Der Sachverhalt ist folgender: Der Kollege Bend, welcher der hiesigen Zahlstelle angehört und bis ungefähr vor Jahresfrist als Bevollmächtigter und Vertrauensmann fungirte, unterließ die Anmeldung einer Versammlung, welche sich mit der Frage beschäftigte: „Wie stellen wir uns zur Wahl eines Gesellen-ausschusses?“ Indem bisher die Innung eigenmächtig die Angelegenheit durch Ernennung von zwei Kollegen in ihren Besprechungen sich wählte und dieselben auch nur als Vertreter der Kollegen anerkennen wollte, sahen die Kollegen sich veranlaßt, Stellung dazu zu nehmen, ausgehend davon, wenn einmal ein Gesellenauschuß sein soll, dann wählen wir uns Kollegen, die auch im Falle, wenn es gilt, unsere Interessen wahrzunehmen, ein erstes Wort mit den Innungsmeistern reden können. An und für sich wäre die Unterlassung der Anmeldung nicht so schlimm gewesen, aber mehrere Kollegen, die neugierig genug waren, Bend zu fragen, ob auch die Versammlung angemeldet sei, erhielten eine bejahende Antwort. Der Zeitungsgespeidert erhielt von Bend den Auftrag, die Versammlung bei den Kollegen in den Werkstellen anzusagen und an dem fraglichen Abend laß Bend gemächlich in einer Wirthschaft, hielt auch

erkant an, daß es die vornehmste Pflicht der Gewerkschaften ist, ihr Augenmerk auf den zeitgemäßen Ausbau der Organisation nach Innen und nach Außen zu richten.

herbeizuführen. 2. Von allen Ländern Berichte einzufordern und Auskunft zu ertheilen über alle wesentlichen Vorkommnisse, welche die Arbeiterchaft in der Schuhmacherbranche betreffen.

Aus Holland wird uns mitgetheilt, daß dort verschiedene Fachorganisationen mit der sozialdemokratischen Partei des Landes in Verbindung getreten sind.

Vom englischen Bergarbeiterverband. Der Vollzugsausschuß der Bergleute, der in Birmingham tagte, beschloß: 1. die Arbeit zu den alten Lohnsätzen aufzunehmen;

Die Grubenbesitzer von Lancashire wiesen in der am 18. d. abgehaltenen Versammlung das Verlangen der Bergleute, die Arbeit zu den alten Löhnen wieder aufzunehmen, ab.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Eine Lohnbewegung bereiten die Droschkenkutscher Berlins für das kommende Frühjahr vor. Sie gedenken im Laufe des Winters eine rege Agitation durch Versammlungen und Flugblätter zu entfalten.

Mitgliederzahl der evangelischen Arbeitervereine. Nach dem „Evangelischen Arbeiterboten“ umfaßt der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine zur Zeit ca. 44 000 Mitglieder.

Pflicht-Lauterianer. Der gegenwärtige Mitgliederbestand der gesamten Organisation ist der folgende:

Table with 3 columns: No., Ortsverein, and Mitglieder. Lists various trades like Metallarbeiter, Schuhmacher, etc., with their respective membership numbers.

Gewerkschaften auf dem Boden der Klassenorganisation. Die Zahl der total organisierten Arbeiter beträgt 7647.

Internationales Schuhmacher-Sekretariat. Der Organisationsausschuß für das internationale Schuhmacher-Sekretariat beschloß eine internationale Sekretariat zu organisieren.

betrachten, die in ihrer soliden Ausführung bis auf den heutigen Tag brillant funktioniert, einem großen Theile der im Galozor belegenen 42 Dörfer das für die Felder und Gärten unentbehrliche Berieselungswasser liefert.

Edison's Münzreform. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Washington Post“ hat Herr Thomas A. Edison zur Lösung der ewig alten und doch immer wieder neuen Silber- und Goldfrage einen Vorschlag gemacht.

Die größten Städte der Erde. Nach dem Ergebnisse der letzten Volkszählungen, sowie den neuesten, sonst bekannt gewordenen Nachrichten und Schätzungen giebt es gegenwärtig auf der Erde 35 Städte von einer halben Million oder mehr Bewohnern.

Bunte Reihe.

Blane Bohnen als Bezahlung. Der Gasmeister Heinrich F. der Langenberger Aktiengesellschaft, deren Generaldirektor Ritter in Köln wohnt, hat den Arbeiter Rud. B. vorzüglich mit dem Revolver mißhandelt.

Der verlorene Sohn. Man schreibt aus Bija: Crispis einziger Sohn, der vor einigen Monaten seines kühnen Lebenswandels halber dem hiesigen Arbeitshause übergeben worden war, wurde auf Anweisung seines Vaters von dort entlassen.

Der arme Pappi. Aus London verlanget, daß der Stamm des päpstlichen Vermögens in englischen Banken und in englischem Besitz angelegt ist und sein hieraus fließendes Einkommen sich auf fast 5 000 000 Pfund 100 Millionen Mark belaufe.

Aus der guten Gesellschaft. Erwerbs-Projekte kann man die neuerdings in England von Damen aus gewissen Kreisen angebrachten Projekte nennen. Ein eigenthümlicher Fall dieser Art aus einem Ballsale wird demnächst vor Gericht verhandelt werden.

Das die Turbinen, auf welche unsere heutige mechanische Wissenschaft sich viel zu Gute thut, eine alte fast dreitausendjährige Erfindung sind, hat Doktor Bailemar Beld nachgewiesen.

Technisches.

Einen Zirkel zum Messen von Entfernungen haben sich Gebr. Reenhat in Halle a./S. unter Nr. 70 006 patentiren lassen. Der Zirkel wird vermöge einer Schnur von bestimmter Länge in gewisser Entfernung vom Auge detarirt mit der Hand gehalten.

Das Holzplaster, welches bei vielen unbefriedigbaren Vorzügen an einer allzu schnellen Abnutzung leidet, will O. Hartung in Jena nach D. R. P. Nr. 70 395 durch eine schiedene Einfassung der einzelnen Röhre verbessern.

Eine Schlafraum-Einrichtung für Eisenbahnwagen, Schiffe u. wurde Ch. B. Lodwood in Arlington, S. W. Schragus und G. A. Schrage in Cincinnati unter Nr. 70 843 patentirt.

Verbessertes Klavierstuhl. Pianofleisch oder Orgelfleisch, oder überhaupt Sessel, welche ihrer Breite wegen ein Verschieben in der Höhe mittelst Drehschrauben nicht gut zulassen, erhalten diese Verstellbarkeit nach einer amerikanischen Anordnung von Smith in Baltimore in praktischer Anordnung dadurch, daß unter dem eigentlichen Sitz eine Spindel mit rechtem und linkem Gewinde gelagert ist.

Berliner Wohnungsverhältnisse. Denkschrift der Berliner Arbeiter-Sanitäts-Kommission. Bearbeitet im Auftrage derselben von Adolf Braun. Berlin, 1893. Verlag der Exped. des „Vorwärts“. (Berliner Arbeiter-Bibliothek, 3. Serie, 6. und 7. Heft.) Preis 35 M.

Die „Berliner Arbeiter-Sanitäts-Kommission“, welche im Herbst des vorigen Jahres auf Anregung des Genossen Dr. Jaded begründet wurde, um die sanitären Verhältnisse Berlins, besonders der von Arbeitern bewohnten Stadttheile, zu erforschen, überlegt mit der vorliegenden Broschüre der Öffentlichkeit ihre erste umfangreichere Arbeit, in der die Ergebnisse der im Frühjahr 1893 von der Kommission vorgenommenen Erhebung über die Wohnungsverhältnisse in der Sorauerstraße mitgeteilt werden. Borausgeschickt ist eine eingehende Auseinandersetzung über die Wohnungsfrage im Allgemeinen. Der Verfasser zeigt, wie das rapide Wachstum der Großstädte nicht bloß auf die natürliche Volksvermehrung, sondern vor Allem auf das Drängen der arbeitenden Bevölkerung vom flachen Lande nach den Industrieplätzen, auf die „soziale Wanderbewegung“ zurückzuführen ist, die ein Merkmal des sozialen Unbehagens, der Krankheit und des sozialen Körpers bildet. Die Zunahme der großstädtischen Bevölkerung in Verbindung mit der Prostitution der Grundstücks- und Hausbesitzer und Spekulanten ruft eine Wohnungsnot hervor, unter der fast ausschließlich die besitzlose Klasse zu leiden hat. Unter den Folgen dieser Wohnungsnot steht oben an die gesundheitswidrige Beschaffenheit der Wohnungen, mit denen die besitzlose Klasse vorlieb nehmen muß. Die Denkschrift bringt darüber ein sehr reichhaltiges Material, durch welches das Wohnungswesen der Berliner Arbeiterbevölkerung grell beleuchtet wird, und gelangt zu dem Schluß, daß die bisherige Wohnungs-Statistik gänzlich unzureichend sei. Der Verfasser betont die Nothwendigkeit eines energischen Eingreifens von Staat und Gemeinde. An der Thätigkeit der „Arbeiter-Sanitäts-Kommission“ wird gezeigt, wie das zu geschehen hätte, wenn wirklich brauchbare Ergebnisse dabei herauskommen sollten. Die Ergebnisse der Wohnungserhebung in der Sorauerstraße, welche als Probeerhebung dienen sollte, werden eingehend erörtert. Besonders dieser letzte Theil der Broschüre ist mit großer Sorgfalt durchgearbeitet. Vorläufig kann diesem Abschnitt nichts Anderseres, Gleichwertiges aus der Literatur über Berliner Wohnungsverhältnisse an die Seite gestellt werden. Die Arbeit enthält auch sonst ein reiches Zahlenmaterial, das mit großer Sorgfalt zusammengetragen ist und in äußerst wirksamer Weise zur Agitation verwendet werden kann. Die „Arbeiter-Sanitäts-Kommission“ hat durch diese ihre erste Denkschrift bewiesen, daß ihre Thätigkeit eine Nothwendigkeit ist.

Briefkasten der Expedition.

Manz, R. W. Stimmt nicht ganz, es müssen M. 2,20 sein; sehen Sie Nr. 3, 4 und 11 nach.

Mülheim a. d. Ruhr, B. R. M. 1,10.

Cimshorn, S. und andere Besteller des Vorlagenwerkes. Wie uns auf Nachfrage mitgeteilt wurde, ist infolge Unfertigungs u. d. r. e. i. e. r. Detailbögen, da drei nicht genügten, eine Verzögerung eingetreten. Wir werden ersucht, dies allen Bestellern mitzuthemen, auch gleich darauf hinzuweisen, daß durch die Vermehrung der Detailzeichnungen sich der Preis etwas höher stellen würde.

Frankfurt a. M., W. W. Das Inserat vom vorigen Quartal kostet M. 2,40.

Kempten, F. Sch. Die Zeitungen werden hier so früh abgehandelt, daß sie unbedingt Sonnabends Morgens in Ihren Händen sein müssen. Senden Sie uns den Ausschnitt des Abgangs- und Ankunftsstempels oder richtiger den Umschlag, wir werden dann bei dem hiesigen Postamt recherchiren lassen.

Breck, S. S. Die betreffenden Bücher sind uns bis heute zur Weiterbeförderung noch nicht zugestellt.

Neuzen, S. Sch. Mit Ihrer dritten Karte ist auch die dritte Nummer des Mitgliedsbuches gekommen. Quers Nr. 3018, dann 30 113, jetzt 3113, welche soll es denn nun eigentlich sein? Nehmen wir also die letzte, nächste Woche können wir ja die vierte Nummer bekannt geben. Preis M. —,60.

Mugsborg, G. S. Betrag M. 4 erhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Hildesheim, J. Sie haben Recht; ganz korrekt hat die Kommission nicht gehandelt, da die Angelegenheit jedoch kein öffentliches Interesse hat und mit der Veröffentlichung Ihres Berichts die örtliche Einigkeit einen starken Miß bekommen würde, haben wir denselben zurückgestellt.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)

Hamburg. Sektionsversammlungen

a) der Tischler am Montag, 30. Oktbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Ramm, Gänjemarkt 35; — b) der Drechsler am Freitag, 27. Oktbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Ramm; — c) der Stellmacher am Freitag, 27. Oktbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Reißner, Hohe Bleichen 30; — d) der Bürstenmacher am Sonntag, 29. Oktbr., Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Ramm. Tagesordnung: 1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort. 2. Unsere Organisation. Das zahlreiche Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. Die Einberufer.

Mülheim a. d. Ruhr. Sonnabend, 4. November, bei Herrn Böder. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bitten Die Lokalverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unserer Handen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Manz. Die Herberge befindet sich vom 1. November ab in „Stadt Worms“, Fochelstraße. Dasselbe auch Keisenunterstützung Abends von 8-9 Uhr. Bevollm. Richard Müller, Wörlitzer Straße 38, 3. L. Die Lokalverwaltung.

Mülheim a. d. Ruhr. Unter Verkehrslokal befindet sich bei Herrn C. Böder, Fochelstraße.

Oberhausen (Kreis). Bevollm. Th. Apphoff wohnt in Oberhausen, Kirchstr. 3; Reiterer Joh. Ebel, Friebeinstr. 66. Derselbe stellt Keisenunterstützung Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 8 bis 9 Uhr.

Worms.

Mit dem heutigen Tage verlegten wir unsere Herberge, Verkehrslokal nebst Arbeitsnachweis am Schindengasse 17, 5. Markt, nach Speierstraße 55, gegenüber S. Martert, und fordern die Kollegen sowie die reisenden Kollegen auf, nur dort zu verkehren. Die Lokalverwaltung.

Kollege Bernhard Barke,

in München am 10. Sept. nach Hamburg abgemeldet, wird ersucht, seine Adresse an H. F. König, München, einzuliefern. Es lagert bei diesem ein Brief für ihn aus Amerika.

Anforderung!

Der Herr Herrm. Heusch, Buch-Nr. 3113, geb. 1874, wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten einzuliefern.

H. Scholz, Bevollmächtigter der Zahlstelle Leipzig, bei Herrn P. 3, am Platz.

Anforderung!

Die Wirtin Frau Emil Ley, Buch-Nr. 16728, und Frau Schmidt, Buch-Nr. 16865, werden ersucht, die geliehenen Bücher aus unserer Bibliothek umgehend zurückzugeben.

Zahlstelle Regensburg.

Warnung

Vor dem Drechsler Fritz Weber, seit 15 Jahre in gebornen in Gömbe (Wettin), Aufmerksam sein, derselbe durch Betrug zu schaden zu bringen.

Paul Mayer, Speierstraße 22, Zahlstelle Regensburg 1. 93.

Warnung

Vor dem Mitgliede Albert Weimar, Buch-Nr. 20952, geb. zu Klingleben am 29. Jan. 1874. Die Bewaltungen der Zahlstellen werden dringend gebeten, falls sie den Aufenthalt des pp Weimar kennen, uns Mittheilung zu machen. Zahlstelle Detmold, Heint. Uge, Bevollm., Mühlstr. 14.

Worms a. Rhein.

Das Mitglied Peter Seilinger (Buch-Nr. 17714), geb. 23. Januar 1857 zu Köln, wird hiermit aufgefordert, die schriftlichen Belege, bez. Abrechnung, vom Stiftungsfest sofort hierher zu senden. Die Zahlstelle, wo sich betreffender Kollege aufhalten sollte, wird gebeten, uns Mittheilung zu machen. Die Lokalverwaltung.

Zahlstelle Braunschweig.

Sonntag, den 5. November, Nachm. 4 Uhr:

Winter-Vergnügen

im „Hofjäger“, unter gest. Mitwirkung des Theater-Vereins „Freie Bühne“.

Hierauf: BALL.

Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind freundlichst eingeladen.

[M. 1,95] Das Festcomité.

Nabenan.

Sonntag, den 5. November, findet unser

Kränzchen

im Gasthof zu Klein-Celsa statt. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Abmarsch von Dora's 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

[M. 1,65] Das Comité.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Saarbrücken-St. Johann.

Am Samstag, den 18. November, im Fivoli-Saal, St. Johann:

Erstes Stiftungsfest,

bestehend in:

Konzert, musischen Vorträgen u. Ball.

Die Nachbarzahlstellen und die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften ladet freundlichst ein [M. 2,10] Das Festcomité.

Unabwiesbar dauerhaft u. billig Kupferne Leimöpfe, polirt mit verzinnem Zinnerneßel, allgemein als praktisch anerkannt, besser wie solche aus anderen Metallen, fabrikt und liefert auf Mittelsteuereisid, Düsseldorf. Niederwiesener gesucht, hoher Rabatt.

Gelegenheitskauf!

Eines 4spind. liegenden **Denker A-Motor**

von der Anhaltischen Maschinenfabrik gebaut mit Reiserzylinder und Reiserzylinder, ferner eines 6spind. liegenden **Denker A-Motor,**

beide in fast neuem Zustande, verläuft unter Garantie sehr billig bei kulantesten Zahlungsbedingungen.

H. Riebler, Maschinenfabrik, Zerbst i. Anh.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.

Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirtfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flinseinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preiskrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn effektuirte im Jahre 1891 6528 Aufträge.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Patent-Universal-Tischleröfen, Leimöfen, Leimtiegel, Trockenkammer-Heizöfen.

Franz Knaup,

Dresden-Striesen, Wittenbergstrasse 21.

Hobelbänke

in sauberer, trockener Waare empfiehlt mit Schnitzlöcher und geschmeidigen Bauhaken.

Blatt von	cm 155	170	190	200	230
3" hoch	M. 31	33	35	37	39

Schraubstöcke u. Schraubzwingen.

Hermann Berge,

Liegnitz i. Schl.

Verband gegen Kaffe und Rauchwaren.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabrikt und hält auf Lager O. Gimpel, Hamburg, Niederstraße 123. Bestellen auf Wunsch zu Diensten.

Mein Zeichen-Bureau

für Bau- und Möbeltischlerei

liefert:

I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingesandten Massen und beliebiger Angabe.

II. 1 Vorlagewerk, praktische Entwürfe für die Bautischlerei. 30 Tafeln in neuer 3. Auflage. M. 12.

III. 1 Vorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei. 4 neue Auflage. 32 Tafeln. M. 10.

Gewissenhafte und durchaus praktische Konstruktions-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkulirt werden muß, wird jedem Werke beigelegt.

Ernst Rettelbusch,

f. B. prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Wielandstraße Nr. 17.

Schleifen

in allen Holzarten liefert in sauberster Ausführung zu billigen Preisen die

Holzbearbeitungs- u. Schleifenfabrik Gundlach & Asmussen,

Altona, Mörtenstr. 24.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.